

Bekanntmachung Nr. 085/2011 vom 21.12.2011

Bekanntmachung

Satzung der Stadt Baesweiler vom 21.12.2011 über den Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Plangebietes Nr. 101 - Lessingschule -



Der Rat der Stadt Baesweiler hat aufgrund des § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zuzeit gültigen Fassung (GGV.NW 2023) und der §§ 12 und 16 des Baugesetzes vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) in seiner Sitzung am 20.12.2011 den Erlass der nachfolgenden Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

§ 1

**Abgrenzung des Gebietes
der Veränderungssperre**

Das Plangebiet umfasst im Stadtteil Setterich Gemarkung Setterich, Flur 1, Teilflächen des Flurstückes Nr. 1053. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 8.700 qm (0,87 ha). Die genaue Abgrenzung ist kartographisch bestimmt.

§ 2

Inhalt der Veränderungssperre

Die Veränderungssperre beinhaltet, dass

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;
2. Erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder

anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.

§ 3

Geltungsdauer der Veränderungssperre

Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von zwei Jahren nach Bekanntmachung außer Kraft. Die Gemeinde kann die Frist um ein Jahr verlängern.

Die Veränderungssperre ist vor Fristablauf ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen, sobald die Voraussetzungen für ihren Erlass weggefallen sind.

Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald und soweit die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Vorstehende Satzung wird hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich Bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzende Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Baesweiler, 21.12.2011

Der Bürgermeister
Dr. Linkens